

Was denkt der Chefökonom Lebeds? Die wirtschaftspolitischen Ansichten des Sergej Glasjew

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (1996). Was denkt der Chefökonom Lebeds? Die wirtschaftspolitischen Ansichten des Sergej Glasjew. (Aktuelle Analysen / BIOst, 62/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46580>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Was denkt der Chefökonom Lebeds?

Die wirtschaftspolitischen Ansichten des Sergej Glasjew

Zusammenfassung

Der Leiter der neugeschaffenen Abteilung für wirtschaftliche Sicherheit im Sicherheitsrat Rußlands, Sergej Glasjew, war bis 1990 im wissenschaftlichen Bereich tätig. 1992/93 bekleidete er das Amt des Ministers für Außenwirtschaftsbeziehungen im Kabinett Gajdar, wovon er aus Protest gegen Jelzins Haltung gegenüber dem Obersten Sowjet zurücktrat. Er wurde in die Staatsduma gewählt und stand dort dem Ausschuß für Wirtschaftspolitik vor. Im Parlamentswahlkampf 1995 trat er zusammen mit Lebed und Skokow als Spitzenkandidat des "Kongress Russischer Gemeinden" auf.

Glasjews wirtschaftspolitische Ansichten sind durch eine Vorliebe für dirigistische Maßnahmen im Bereich der Geld- und Kreditpolitik sowie Protektionismus in der Außenwirtschaftspolitik geprägt, während ihm konkrete Vorschläge für die Sanierung der Staatsfinanzen und für die von ihm propagierte staatliche Strukturpolitik fehlen. Seine Stärke ist die Kritik der an westlichen Vorbildern orientierten Wirtschaftsreformpolitik, wobei er ein Schreckensgemälde der Überfremdung der russischen Wirtschaft durch Auslandskapital zeichnet.

Wissenschaftlicher und politischer Werdegang

Sergej Jurjewitsch Glasjew wurde 1961 in Saporoschje (Ukraine) geboren.¹ Er studierte Anfang der achtziger Jahre Wirtschaft mit dem Spezialgebiet ökonomische Kybernetik an der Moskauer Lomonossow-Universität und war am Zentralen Ökonomisch-Mathematischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR unter Leitung von Prof. D.S. Lwow als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Er promovierte 1990 über das Thema der Messung der technischen Entwicklung der UdSSR im internationalen Vergleich und hat zwei Bücher zu diesem Thema publiziert.² Eine Auswahl aus seinen vielen Artikeln in Zeitschriften und Zeitungen ist ebenfalls als Buch veröffentlicht worden.³

¹ Die bibliographischen Angaben sind entnommen aus: Sergej Glaz'ev, *konomika i politika: Epizody bor'by, stat'i, vystuplenija, interv'ju* (Wirtschaft und Politik: Episoden des Kampfes, Aufsätze, Reden, Interviews), Moskau 1994.

² Sergej Glaz'ev, *konomičeskaja teorija techničeskogo razvitija* (Die ökonomische Theorie der technischen Entwicklung), Moskau 1990; ders., *Teorija dolgosročnogo tehniko-konomičeskogo razvitija* (Theorie der langfristigen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung), Moskau 1993.

³ Vgl. Anm. 1.

Im Jahre 1991 wurde Glasjew stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Außenwirtschaftsbeziehungen und im Dezember 1992 als Nachfolger von P.O. Awen Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen Rußlands im Kabinett Gajdar. Im Jahre 1992 leitete er eine Arbeitsgruppe, die die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit Rußlands und Japans fördern sollte.⁴ Als Minister widmete er sich der Kontrolle des Imports und Exports mit dem Ziel der Erhöhung der Effizienz des Rohstoffexports, der Kontrolle des Exports "strategischer Rohstoffe" und des Schutzes der inländischen Warenproduzenten. Glasjew vertrat damals (wie heute) in der Debatte um die Wirtschaftstransformation in Rußland die Position der Befürworter einer mehr staatlich gelenkten Entwicklung. Er sprach sich gegen die sogenannte "Schocktherapie", die Voucher-Privatisierung und für eine aktive staatliche Industriepolitik sowie protektionistische Maßnahmen zum Schutz inländischer Produzenten bzw. die Förderung der russischen Exporte von Fertigzeugnissen aus.

Glasjew kritisierte das Vorgehen beider Seiten im Machtkampf zwischen dem Obersten Sowjet und Präsident Jelzin (der am 4. Oktober 1993 in der Beschießung und Besetzung des Weißen Hauses kulminierte) und trat im September 1993 aus Protest gegen Jelzins Haltung als Minister für Außenwirtschaftsbeziehungen zurück. Er kandidierte im Dezember 1993 erfolgreich um einen Sitz in der Staatsduma und wurde im Januar 1994 zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaftspolitik der Duma gewählt. Dort profilierte er sich als Kritiker der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Tschernomyrdin.

Glasjew trat in der Parlamentswahl im Dezember 1995 zusammen mit A. Lebed und J. Skokow als Führungsfigur des Wahlbündnisses "Kongreß russischer Gemeinden" auf, das an der 5%-Hürde scheiterte. Die wirtschaftspolitische Programmatik dieses kurzlebigen Verbundes stammt offenbar von ihm.

Im August 1996 wurde er in den Sicherheitsrat Rußlands berufen, wo er die neugeschaffene Abteilung für Wirtschaftssicherheit leitet. Da der Sicherheitsrat nur beratende Funktion hat, ist er damit noch nicht wieder in die Exekutive zurückgekehrt.

Glasjew soll an der Abfassung des Wahlprogramms Lebeds federführend beteiligt gewesen sein. Als zweiter Autor wird der Moskauer Wirtschaftswissenschaftler Witalij Najschul genannt, der als "Erzliberaler" konträre Positionen zu Glasjew vertritt. So ist es nicht verwunderlich, daß sich Lebed in wirtschaftlichen Fragen keineswegs in voller Übereinstimmung mit den Ansichten Glasjews befindet.⁵

Glasjews Diagnose der russischen Wirtschaftspolitik

Glasjew legte seine Auffassungen zur russischen Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik der Regierung in einer Vielzahl von Zeitungsartikeln dar, die sich nur in Nuancen unterscheiden.⁶

Er referiert die Standardkritik an der russischen Wirtschaftsentwicklung, wenn er auf den seit sechs Jahren anhaltenden Produktionsrückgang, den wegen der niedrigen Investitionstätigkeit zunehmenden Verschleiß der Produktionsanlagen, den sinkenden Lebensstandard, die "Aushungerung" des wissenschaftlichen und technischen Potentials und den Verfall der staatlichen Macht hinweist. Von seiner Position einer wirtschaftlichen und militärischen Großmacht sei Rußland in die Reihe der "dritten Liga" zurückgefallen. Das Land sei in eine gleichsam koloniale Abhängigkeit von Importen geraten, während es fast nur noch Rohstoffe exportiere und den weltgrößten Berg an Auslandsschulden anhäufe. Dabei sei sein wirtschaftliches Potential um das

⁴ Kto est' kto v Rossii i bližnem zarubeže: Spravočnik, Moskau 1993, S. 173.

⁵ Zu Lebeds Ansichten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik siehe Eberhard Schneider, Alexander Lebed - Jelzins Kronprinz? Teil II, Neue Funktionen, Positionen zu Wirtschaft und Außenpolitik, Perspektiven, in: Aktuelle Analysen des BIOst 43/1996, S. 3/4.

⁶ Stellvertretend für eine Vielzahl ähnlicher Arbeiten sei auf die jüngste umfangreiche Darlegung verwiesen: Sergej Glaz'ev, konomika strany vse ešče daleka ot pod"ema (Die Wirtschaft des Landes ist noch weit von einem Aufschwung entfernt), in: Nezavisimaja gazeta, 11.9.1996, S. 1 und 5.

Zehnfache hinter dem der USA und um das Fünffache hinter der Volksrepublik China zurückgeblieben und nun mit Ländern wie Mexiko, Brasilien und Indonesien vergleichbar.

Wenngleich dieses Bild der wirtschaftlichen Lage Rußlands zwar übertrieben düster gezeichnet, aber nicht ohne Realitätsbezug ist, verzerrt es doch die Sicht der Dinge. Vor allem wird unterschlagen, daß das heutige Rußland, was sein wirtschaftliches Potential unter den Bedingungen der Marktwirtschaft anbelangt, sich nur graduell von seinem Vorgänger, der Russischen Sozialistischen Föderalen Sowjetrepublik (RSFSR) zu Zeiten der UdSSR, unterscheidet. Die heutigen Probleme Rußlands wurzeln mehr, als bei Glasjew deutlich wird, in der Vergangenheit als in Fehlentscheidungen der Gegenwart.⁷ Die Schwierigkeiten der Angleichung der Preisrelationen an die Weltmarktverhältnisse (insbesondere die relative Erhöhung der Transport- und Energiepreise), die geringen Erfolge bei der Konversion des überdimensionierten Rüstungssektors, die nach Transport- und Standortgesichtspunkten falsche räumliche Allokation der Betriebe, die viel zu umfangreichen Unternehmensgrößen, die Unrentabilität eines großen Teils der bestehenden Produktionskapazitäten und vieles mehr sind Erbteile der sowjetischen Planwirtschaft und können nur im Wege eines allmählichen strukturellen Wandels beseitigt werden.

Glasjew identifiziert dagegen als Hauptursache der gegenwärtigen wirtschaftlichen Misere die Übernahme angeblich wirklichkeitsfremder Vorstellungen des IWF durch die russische Regierung. Er illustriert dies an den restriktiven Vorgaben des IWF für die Geld- und Kreditpolitik, die seiner Meinung nach in der Art sich selbst erfüllender Prognosen den wirtschaftlichen Abschwung verstärken, weil sie auf eine zu knappe Geldversorgung der Wirtschaft, die Zunahme der Zahlungsrückstände zwischen den Unternehmen, Steuerrückstände sowie hohe Realzinsen hinauslaufen. Auch hierbei sieht Glasjew die Zusammenhänge nicht ganz richtig. Daß wirtschaftlicher Aufschwung stabilen Geldwert und damit eine Bekämpfung der Inflation voraussetzt, die wiederum wesentlich durch Verknappung des Geld- und Kreditangebots erfolgen muß, gehört zu den gesicherten Erfahrungen der Transformationsprozesse in Osteuropa. Freilich ist für einen Wirtschaftsaufschwung noch mehr erforderlich: die Eliminierung langfristig unrentabler Produktionskapazitäten im Wege der Durchsetzung von Konkursverfahren, die nachdrückliche Beschränkung der Staatsausgaben und damit der staatlichen Kreditaufnahme (die sonst die privaten Investitionen, wie in Rußland der Fall, vom Kreditmarkt verdrängt), die Schaffung investitionsfreundlicher Bedingungen durch einfache und einklagbare rechtliche Regelungen. Gerade die genannten Voraussetzungen sind in Rußland letztlich wegen der Führungsschwäche an der Spitze des Staates, wo sich die entscheidenden Personen und ihre Gefolgschaften in Machtkämpfen gegenseitig blockieren, - und nicht durch die Schuld des IWF - derzeit nicht erfüllt.

Glasjew beklagt weiter den seiner Meinung nach untragbaren Rückgang der staatlichen Ausgaben für die Wissenschaft, die Rüstungsindustrie und Rüstungsforschung, die Bildung, das Gesundheitswesen und die Kultur, was zu einer Degradierung des wissenschaftlich-technischen Personals, dem "Brain-Drain", der Verminderung der Verteidigungsfähigkeit des Landes, einem Rückgang des Bildungsniveaus und damit auch einer Verringerung der Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Produktion insgesamt führe. Auch diese Diagnose greift ernsthafte Probleme auf, doch Glasjew zieht die falschen Schlüsse, wenn er nur die Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die genannten Bereiche fordert. Rußland kann sich, wenn es gleichzeitig der Entwicklung des privaten Unternehmertums Raum geben will, nicht mehr wie früher die Umlenkung großer Finanzmittel und personeller Ressourcen in die staatlich kontrollierte Forschung (die vielfältig mit der militärischen Forschung verflochten war) und die für ihre Zwecke errichteten Bildungsstätten leisten. Ebenso kann das staatliche Gesundheitswesen wie auch die staatliche Kulturförderung (die zu Zeiten der Sowjetunion bekanntlich keineswegs vorbildlich waren, sondern etwa den russischen Satirikern endlosen Stoff lieferten) nicht im früheren Umfang erhalten werden.

7

Vgl. auch Vladimir Kantorovich, *Imperial Legacy and the Transformation of the Russian Economy*, in: *Transition*, 23.8.1996, S. 22-25 und 64.

Glasjew prognostiziert ein Eindringen ausländischen Kapitals in die von den heimischen Produzenten verlassenen Branchen und Wirtschaftsräume und sieht darin (wie auch in den oben genannten Vorgängen) geradezu eine Bedrohung der Sicherheit Rußlands. Als konkretes Beispiel nennt er das von der Duma nach langen Auseinandersetzungen verabschiedete Gesetz über das "product sharing".⁸ Hier trägt Glasjews Analyse geradezu hysterische Züge. Bislang wenigstens macht das ausländische Kapital um Rußland bekanntlich einen weiten Bogen, und das wird auch in Zukunft so bleiben, wenn sich die Investitionsbedingungen nicht ändern (als hauptsächliche Investitionshemmnisse gelten die unsichere Rechtslage, d.h. eine Vielzahl von sich widersprechenden Bestimmungen bei einem weiten Ermessensspielraum der Behörden, sowie die Restriktionen beim Erwerb von Grund und Boden, was Kreditsicherungen äußerst erschwert).

Das von Glasjew angeführte Gesetz über das "Product sharing" regelt (nach internationalen Vorbildern) Grundsätze für den Abschluß von Verträgen zwischen der Rußländischen Föderation sowie in- und ausländischen Investoren bezüglich der Ausbeutung von Bodenschätzen. Bei aller möglichen Kritik an Einzelbestimmungen kann nicht übersehen werden, daß dieses Gesetz die Grundlage für einen Zustrom von Auslandsinvestitionen in den Rohstoffbereich darstellt, auf die dieser dringend angewiesen ist, weil die russischen Gesellschaften weder über die finanziellen Mittel noch über die Technologien verfügen, um die in Frage kommenden Rohstoffe zu fördern. Dabei stellt im Gegensatz zu Glasjews Ansicht eher das Ausbleiben von Auslandsinvestitionen ein wesentliches Hemmnis für einen wirtschaftlichen Aufschwung in Rußland dar, der die Voraussetzung zukünftiger wirtschaftlicher Sicherheit des russischen Staates bildet.

Glasjew kritisiert die Absichten der Regierung und des Präsidenten zur Förderung der heimischen Investitionen, Unterstützung des Unternehmertums, Begünstigung der Hochtechnologie und der sozialen Sphäre deswegen, weil diesen auch von ihm befürworteten Plänen keine entsprechenden Taten folgten. In Wirklichkeit begünstige die Wirtschaftspolitik der Regierung die Spekulation mit Finanzmitteln, die Kapitalausfuhr und die Bereicherung derjenigen Kreise in Staat und Wirtschaft, die mit den Finanztransfers zu tun haben. Diese Kritik ist so weit berechtigt, als sich die russische Wirtschaftspolitik in der Tat weithin unfähig zeigt, Kredit und Kapital für die heimische Güterproduktion nutzbar zu machen. Der Grund dafür ist, daß es ihr an Entschlossenheit dafür mangelt, die notwendigen (und bekannten) Schritte einzuleiten, die oben erwähnt wurden. Glasjew glaubt dagegen, daß andere Rezepte angewandt werden müssen.

Glasjews Vorschläge

Glasjew bezeichnet die Schaffung günstiger Produktionsbedingungen als Kern seiner Vorschläge für die makroökonomische Politik. Im einzelnen schlägt er folgende Maßnahmen vor:⁹

Maßnahmen auf dem Gebiet der Geld- und Kreditpolitik:

- Kontrolle der Preise in den hochmonopolisierten Wirtschaftszweigen, um die Kosteninflation zu dämpfen;
- direkte Festsetzung der Realzinsen auf einem Niveau von nicht mehr als 3% pro Jahr statt Steuerung der Geldmenge durch die Zentralbank, wobei er (unzutreffend) anmerkt, daß dies auch der Praxis der hochentwickelten westlichen Volkswirtschaften entspreche;
- Veränderung des Rubelkurses im Gleichschritt mit der Inflation statt seiner "künstlichen" Stabilisierung, die eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit der heimischen Produzenten bedeute;
- Abführungspflicht für Valutaerlöse, Verbot der Valutaausfuhr und Schaffung der vollen Konvertibilität des Rubel, der zur Reservewährung in der GUS und in Osteuropa werden müsse;

⁸ Federal'nyj zakon ot 30 dekabnja 1995 g. No 225-FZ "O soglašenijach o razdele produkcii", in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii No 1/1996, Pos. 18.

⁹ ekonomika strany, a.a.O.

- Verringerung des Bargeldumlaufs und Erhöhung des Anteils der bargeldlosen Zahlungen (Überweisungen, Wechseln). Damit solle die Kontrolle des Staates über die Zahlungsvorgänge erhöht werden;
- Verminderung der Verzinsung der Staatsobligationen auf einen Wert in Höhe von 1-2% über der Inflationsrate, um nichtstaatliche Anleihen für produktive Zwecke zu ermöglichen;
- differenzierte Geld- und Kreditpolitik für die verschiedenen rentablen Wirtschaftszweige.

Glasjew erkennt an, daß seine Vorschläge eine Abkehr vom "marktwirtschaftlichen Konkurrenzmechanismus" bedeuten, was gerechtfertigt sei, weil die "formale Theorie" (die westliche mikro- und makroökonomische Wirtschaftstheorie) nicht auf die russische Wirklichkeit übertragen werden könne. An Wunder glaube, wer angesichts der gegenwärtigen Unrentabilität der Hälfte der verarbeitenden Industrie auf einen Aufschwung der Investitionen hoffe. Statt dessen müsse ein "spezielles Untersystem des Investitionsgeldes" geschaffen werden, das die Überführung der Ersparnisse und der Amortisationsmittel in die produktive Sphäre sichere. Dies solle praktisch durch die Schaffung von Investitionsbanken und Investitionsfonds geschehen, die aussichtsreiche Investitionsprojekte langfristig kreditieren.

Glasjew packt das Problem der geldwirtschaftlichen Steuerung in einer Marktwirtschaft, das in Rußland wegen institutioneller und personeller Mängel bislang nur unzureichend bewältigt wird, an der falschen Stelle an, wenn er punktuelle dirigistische Maßnahmen vorschlägt. Er übersieht dabei, daß jede dieser Maßnahmen entsprechende "Ausweichmanöver" der Wirtschaftssubjekte auslösen wird, wodurch die beabsichtigten Ziele nicht erreicht werden können. Ein Beispiel: Wenn der Zinssatz, der gegenwärtig "astronomisch" hoch ist, einfach auf niedrigem Niveau festgesetzt wird, wird nicht nur die Finanzierung des Staatsbudgets durch Anleihen (die den vormaligen Staatskredit durch die Zentralbank ersetzte) schlagartig zum Erliegen kommen, sondern auch ein gewaltiger "Kreditbedarf" ausgelöst werden, ohne daß ein entsprechendes Kapitalangebot gegeben wäre. Konsequenz wäre die Verteilung der Kredite nicht mehr über das Bankensystem, sondern über staatliche Stellen mit allen zu erwartenden negativen Folgen wie Korruption und Mißwirtschaft. Mit anderen Worten: Glasjews Vorschläge implizieren die Abschaffung der Geldwirtschaft in Rußland, statt der Verbesserung ihrer Funktionsweise.

Maßnahmen der Budgetreform:

- Senkung des Steuersatzes auf insgesamt 35% für alle Einkommen;
- Steuerbefreiung für Ausgaben für die Entwicklung der Produktion sowie Forschung und Entwicklung;
- "Auffüllung" der Umlaufmittel der Unternehmen.

Es fällt auf, daß Glasjews Vorschläge für die Budgetreform merkwürdig blaß bleiben. Vor allem fehlen Vorschläge für die Kürzung bzw. Umstrukturierung der Staatsausgaben, die mit einer Senkung der Steuerbelastung einhergehen müßten.

Maßnahmen auf dem Gebiet der Außenwirtschaft:

- Schutz der heimischen Produzenten durch Zölle und nichttarifäre Importbeschränkungen;
- strenge Qualitätskontrolle von Importprodukten;
- Abschaffung aller Vergünstigungen für ausländisches Kapital;
- Abwehr der Versuche des Eindringens ausländischen Kapitals in die für die Sicherheit Rußlands lebenswichtigen Bereiche (Glasjew nennt insbesondere: "Rüstungsindustrie, Bodenschätze, Telekommunikation, Handel, Finanzen, Stromwirtschaft usw.");
- Schaffung einer Zollunion innerhalb der GUS "unter führender Rolle Rußlands".

- Wie auf den anderen Gebieten setzen die Vorschläge Glasjews auch bei der Außenwirtschaft an der falschen Stelle an. Er will die heimischen Produzenten durch bloßen Protektionismus begünstigen, erkennt aber den Nutzen, den die russische Wirtschaft durch Auslandsinvestitionen gerade bei der Schaffung konkurrenzfähiger Unternehmen haben kann.

- Maßnahmen auf dem Gebiet der Strukturpolitik;
- Sanierung von Verlustunternehmen mit staatlicher Unterstützung;
- enge Verbindung von Forschungs- und Technologiepolitik, Industrie- und Strukturpolitik;
- Schaffung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger "Industrie-Finanz-Gruppen".

Die von Glasjew als Strukturpolitik genannten Maßnahmen sind derart allgemein formuliert, daß der Verdacht naheliegt, daß ihm konkrete Vorschläge strukturpolitischer Art fehlen.

Gesamtbewertung

Glasjew legt zwar den Finger auf offene Wunden, die von ihm vorgeschlagenen Rezepte richten aber eher Schaden an, als sie nutzen bzw. wirken unausgereift. Er zeigt eine starke Neigung zu dirigistischen Methoden, ohne aber die Konsequenzen seiner Vorschläge zu bedenken. Wenn man Glasjew als "Lobbyist" klassifizieren will, kann man in ihm einen Vertreter der Rüstungswirtschaft sehen, die mit dem Beginn von Jelzins Wirtschaftsreformen gegenüber dem russischen Rohstoffsektor stark ins Hintertreffen geraten ist. Besonders ausgeprägt sind Glasjews Hang zum Protektionismus und seine Phobie gegenüber ausländischen Einflüssen.

Glasjew dürfte gegenwärtig einer der wichtigsten Berater Lebeds sein. Dafür prädestiniert ihn nicht zuletzt eine gewisse "Seelenverwandtschaft" mit Lebed, nämlich sein Eintreten für Recht und Ordnung sowie für den Dialog mit Gegnern statt der Anwendung von Machtmitteln, was spektakulär durch seinen Rücktritt als Minister zum Ausdruck gekommen war. Im politisch-geistigen Spektrum Rußlands paßt Glasjew jedoch eher in die Richtung Sjuganows als zu dem Bild, das Lebed bislang bietet, der eher für unkonventionelle Ansichten bekannt ist. Als akademisch ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler der jüngeren Generation und ehemaliger Weggefährte der Wirtschaftsreformer um Gajdar kann Glasjew nicht unterstellt werden, aus Nostalgie, Unkenntnis oder persönlichen Interessen am "alten System" zu hängen. Vielmehr dürfte er aus Enttäuschung über den Verlauf der Wirtschaftstransformation in Rußland sowie Hoffnungen auf ein besseres Funktionieren anderer Modelle (angeblich ist er vom "japanischen Modell" beeindruckt) zu seinen Ansichten gekommen sein. Glasjews künftiger Einfluß auf Lebed und damit auf die russische Politik ist noch unklar. Immerhin hat Lebed am 29. August 1996 einen Brief an Präsident Jelzin geschrieben, in dem er einige der Vorschläge Glasjews fast wörtlich übernahm.¹⁰ Sollte Lebed jedoch tatsächlich Nachfolger Jelzins im Amt des Präsidenten werden, wird er wohl seinen wirtschaftspolitischen Beraterkreis um Personen erweitern, deren Ansichten von denen Glasjews deutlich abweichen. Auf jeden Fall ist aber damit zu rechnen, daß Glasjew auch in der absehbaren Zukunft, in der die Lage der russischen Wirtschaft nicht wesentlich rosiger sein wird als gegenwärtig, sowohl mit seiner scharfen Kritik der "verwestlichten" Wirtschaftspolitik als auch mit seinen auf den ersten Blick überzeugenden Vorschlägen in Rußland Aufmerksamkeit auf sich ziehen wird.

Roland Götz